

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verkaufspreis: 20 Pfennig
Bezugspreis: 25 Pfennig
Anzeigenpreis: 200 Pfennig

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

bei Högler'scher Zeitung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 100,-
bei Högler'scher Zeitung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 100,-
bei Högler'scher Zeitung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 100,-

Schriftleitung und Druckerei
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Treppe & Reichardt in Dresden.
Telefon-Nr. 1088 Dresden.

Belvedere
Brühlsche Terrasse
Kleinkunstbühne
4 Uhr Täglich 8 Uhr
Große Elber-Orchester-Konzerte

Hotel u. Kaffee Blesch
4-7 Uhr und 8-12 Uhr
Konzerte
Weinrestaurant - Bar
Frühstückstube

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,
Kommanditgesellschaft
Fernsprecher: 14036, 14034, 14038
12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 20994

Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Lord Robert Cecil's Kritik am Völkerbund.

Ein Aufruf zu kühnem Handeln.

Genf, 6. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerbundesrates hielt Lord Robert Cecil eine in vielfacher Hinsicht bemerkenswerte Rede. Er rühmte zunächst die bewundernswürdige Arbeit des Völkerbundesrates, wie sie in dem Rechenschaftsbericht niedergelegt sei. Sodann hob er die Erfolge des Völkerbundes hervor, besonders die bedeutende Leistung des Abschlusses des Kalandinfer-Abkommens, ebenso

die Lösung der oberirdischen Frage.

Ich will nicht, so sagte Lord Robert Cecil, auf die Frage selbst eingehen. Die vom Völkerbund vorgeschlagene Lösung ist kritisiert worden und hat zahlreiche Anklagen gefunden. Aber, ich gestalte mir doch die Art zu bewundern, wie dank der Mitarbeit der deutschen und der polnischen Vertreter und unter der geschickten und hervorragenden Leitung Calandras das schwierige Abkommen erreicht wurde. Auch die sachliche Atmosphäre hat in Genf zur Lösung einer der schwierigsten Fragen, die dem Völkerbunde übertragen worden ist, beigetragen. Hierauf sprach er seine Befriedigung über die den Balkan betreffenden Fragen aus. Von großer Bedeutung für die Tätigkeit des Völkerbundes seien auch

die Verwaltungsangelegenheiten im Saargebiete und in Danzig.

Im Saargebiete befindet sich eine Regierungskommission, die aus fünf Mitgliedern besteht, von denen eins die Interessen der Bewohner des Saarlandes vertritt. Ich will nicht über die Persönlichkeit sagen, aber ich frage mich, ob es nicht wünschenswert gewesen wäre, daß der Völkerbundrat erst nach Befragen des im Saarbezirk bestehenden Völkerbunds geschandelt hätte. Ich frage mich ebenfalls, ob nicht für den Völkerbundrat der Ausblick gekommen ist, mit diesem Verwaltungsorgan zusammenzuarbeiten und mit ihm das saarländische Mitglied zu ernennen. Außerdem muß man über die einzelnen Schwierigkeiten erlautet sein, die der Ratsericht in der Saarfrage erwähnt. Was

aufnahme der Beziehungen zu Rußland die Tür geöffnet worden, ohne daß politische und wirtschaftliche Fragen das Einverständnis und die Regelmäßigkeit hätten. Zweifellos kann der Völkerbund heute nicht mehr viel tun, und wird sich mit der Unterordnung der russischen Verhältnisse, die der Rat angeordnet hat, begnügen müssen. Aber wenn wir in den letzten Jahren unsere Pflicht besser erfüllt hätten, so hätten wir dem Geist der Art. 4 und 11 Genuge getan.

Von größter Bedeutung ist auch das österreichische Problem.

Ich bedaure, daß der Völkerbund sich mit dieser wichtigen Frage nicht aus eigener Initiative beschäftigt hat, sondern auf Grund des Beschlusses der Londoner Konferenz. Hierauf schritt Lord Robert Cecil unter wachsender Aufmerksamkeit der Versammlung

das Problem der europäischen Wirtschaft und der Wirtschaftskrise an. Er erklärte wörtlich:

Ich möchte noch einige Worte über die Wirtschaftskrise, die gegenwärtig Europa bedroht, sagen. Sie ist außerordentlich ernst und tiefgehend. Sachverständige beobachten, daß die Krise sich anhält, namentlich der Sturz der Mark, wohl dazu führen könnte, daß es nur noch die Frage von Monaten sein werde, bis Deutschland sich in derselben Lage befindet, wie Österreich. Um diese Frage gruppierten sich andere, die ebenso wichtig sind: Die Reparationsfrage, die Frage der internationalen Schulden, die gegenwärtig die Welt bewegen. Was muß man fragen, ob dieser Zustand fortauern darf und ob wir verlassen können, daß die internationale Atmosphäre weiter verbessert wird. Drei Jahre hat seit Friedensschluß vergangen, sind wir seitdem einer endgültigen Besserung viel näher gekommen? In der Rede eines bedeutenden Mannes, des schwedischen Völkerbundsrats Schultheis, heißt es, daß diese Frage nicht eine oder zwei Nationen beschäftigen dürfe. Ich unterstelle diese Feststellung. Solange diese Krise andauert, interessiert sie nicht nur die eine oder die andere Nation, nicht nur die Nationen Europas, sondern die Völker der ganzen Welt. Der Völkerbund muß an ihrer Regelung teilnehmen. Ich bitte die Völkerbundsversammlung, daß sie diese Probleme aufserstam prüfen möge, so daß sie, bevor sie auseinandergeht, irgend etwas erreicht. Denn wenn wir hier nichts erreichen könnten, so würde das die größte Enttäuschung hervorrufen. Alle Länder der Welt würden an dieser Enttäuschung teilnehmen. Cecil trat hierauf in eine kurze

Das Ich und das Ganze.

Entsetzt haben wir uns vor dem namenlosen Jammer, der über Deutschösterreich gekommen ist, und jetzt müssen wir uns mit Entsetzen sagen, daß wir unaufhaltsam einem gleichen, nein, für ein Sechzigmillionenvolk viel, viel schlimmeren Elend zutreiben. Jeder hat das Gefühl, es müßte etwas Durchgreifendes geschehen, um dem Unheil, das immer näher kommt, endlich einmal Halt zu gebieten, um wenigstens eine Handlung und eine Hoffnung zu geben, an die die Vergangenen und die Zukünftigen — ihrer gibt es Hunderttausende unter den Angehörigen des Mittelstandes — sich klammern können. Wo ist die allgemeine Teilnahme und Rücksicht für die, die untergehen müssen, wenn niemand sich ihrer annimmt? Und wir fragen, die es angeht: Ist es nicht der Bildung, der Kultur des deutschen Volkes unwürdig, nur an das Heute zu denken, nur danach zu trachten, wie man sich selbst, sei es auch auf Kosten seiner Mitmenschen und Volksgenossen, Vorteile und Genüsse verschaffen kann?

Gewiß, in vielen Fällen sind nicht böse Absicht, Habgucht und Neid die Motive des Handelns. Es ist vielmehr die Angst vor dem Kommenden, die zum Erraffen und Anhäufen von Vorräten und Geldmitteln antreibt. Aber die wirtschaftlichen, die sozialen Zustände werden dadurch in unerwartlichster Weise verschlimmert. Ohne Gemein Sinn ist kein sozialer und gesellschaftlicher Lebensmöglich. Im Weltkrieg ist an die Stelle der ersten allgemeinen, alles mit sich fortziehenden Begeisterung bald nach dem ersten Rückschlage Schwäche, Verzweiflung, Mangel an Opferwilligkeit getreten. Das soll keine Anklage sein. Es sind damals auf allen Seiten Fehler gemacht worden. Man soll die Vergangenheit, an der doch nichts mehr zu ändern ist, endlich ruhen lassen. Gegenseitige Verzeigerung, Verdrängung, Verdrängung bringt uns nicht einen Schritt vorwärts. Aber die furchtbaren Folgen des schändlichen Mangels an Gemein Sinn stehen vor unser aller Augen, und wir müssen politische Kinder sein, wenn wir daraus keine Lehre ziehen, wenn wir nicht jetzt in einer viel schlimmeren Lage — denn jedes einzelnen Existenz ist gefährdet — alles daran setzen wollen, um nicht der Entente das erbärmliche Schauspiel eines innerlich zerrissenen Volkes zu geben, das gerade dadurch zum willenlosen Objekt für die Gewalttaten unserer Neider und Haßer wird.

In naher Zeit nimmt der Reichstag seine Verhandlungen wieder auf. Es sind die Erwählten des deutschen Volkes, die über sein Wohl und Wehe zu wachen und zu beschließen haben. An ihnen ist es in erster Linie, ein Beispiel zu geben durch sachliche Arbeit. Die Parteien haben jetzt am allerwenigsten ein Recht zu einem Auftreten und Handeln, das in der Hauptsache die Fraktionspolitik oder das Fraktionsinteresse im Auge hat. Es wäre auch das ein Rückschritt in eine höchst unerfreuliche und verhängnisvolle Erscheinung der Vergangenheit. Immer wieder muß daran erinnert werden, daß die Mitglieder des Reichstages Vertreter des ganzen deutschen Volkes sind. Wenn man die im „Vorwärts“ kürzlich veröffentlichte Liste der Anträge der sozialdemokratischen Ortsgruppen zum Parteitag in Augsburg durchsieht, sieht man auf vieles, das dieser Grundforderung entschieden widerspricht. Zahlreiche Anträge betreffen teils völligen Mangel an Verständnis für die Aufgaben und Bedürfnisse der Zeit, teils erröte Gefühlsregungen Andersdenkender, die als schlimmste Schädlinge hingestellt werden, weil sie in einer republikanischen Staatsform einen ungangbaren Weg zur Wiederaufrichtung sehen und sie deshalb bekämpfen zu müssen glauben. Kann man sich da wundern, wenn von der anderen Seite den Angehörigen der Parteien, die für Sozialisierung und Kommunalisierung eintreten, patriotisches Fühlen und nationales Denken abgesprochen wird? Unverträglich ist in unserer heutigen Lage der Gedanke, daß die Parteien auf ein Programm, das meist in einer recht fernliegenden Vergangenheit und unter ganz anderen Umständen entstanden ist, sich unentrinnbar festgelegt haben sollten und daß dieselben Gegensätze, die in Jahrzehnten nicht zum Austrag gebracht werden konnten, auch jetzt noch unter innerpolitischem Leben beherrschend sollen. Dafür fehlt es in weiten Volksteilen, die in ihren Sorgen um die Existenz, um das tägliche Brot und des Volkes Notdurft nicht aus noch ein wissen, an jedem Verständnis. Das Elend, in den Großstädten ist wahrhaftig arg genug, die Lage unserer Wirtschaft ist verzweifelt. Der Entschluß muß kommen, ehe das letzte zusammenbricht, und er muß heißen: gemeinschaftliche Arbeit aller Parteien — Arbeit, nicht bloß Verzung —, um die Not wenigstens zu mildern, die Millionen unseres Volkes auf Schritt und Tritt entgegenrückt, vor allem im Gedanken an den kommenden Winter, und eben diesen Volksteilen die Freude am Leben, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft wiederzugeben.

Das ist wahrhaft aufbauende Arbeit, eine Arbeit, die wir leisten können, aus uns heraus und um uns selbst willen. Nicht am grünen Tisch hat sie ihre Stätte, sondern draußen im wirtschaftlichen Leben in Stadt und Land, im öffentlichen Leben überhaupt. Die vielgeschmähte Regierung, die keine Machtmittel zur Verfügung hat und deren Autorität durch gewissenlose Elemente systematisch untergraben wird, kann dazu wenig tun. Die eigentliche Arbeit muß von den Parteien selbst geleistet werden. Je mehr wir unfrei und

angeht, wird der Völkerbundrat gut tun, sich die Zweckmäßigkeit des neuen Komitees zu überlegen, das mit den Schwierigkeiten der Danziger Angelegenheiten sich zu befassen hat. Nach einer mit großem Beifall aufgenommenen Anerkennung des Menschlichen Willens für die Kriegsgefangenen und die russischen Flüchtlinge trat Cecil in die eigentliche Kritik am Völkerbund ein, indem er die Frage aufwarf, ob der Völkerbund tatsächlich vollkommen das Ziel verwirklichte, für das er geschaffen wurde.

Art. 4 des Vorgesetzten bestimmte, daß die Versammlung für alle Fragen, die den Weltfrieden gefährden, zuständig sei. Art. 11 verleihe jedem Völkerbundsmitglied das Recht, den Rat über die Versammlung auf alle Vorgänge aufmerksam zu machen, die den Frieden oder das gute Einverständnis unter den Völkern gefährden könnten. Cecil glaubte nicht, daß der Völkerbund nach dieser Seite seinen Aufgaben gerecht geworden ist. Ein Beispiel dafür sei

der arisch-türkische Krieg.

Außerdem hätten internationale Verhandlungen stattgefunden, die so gut wie ergebnislos geblieben seien, ohne daß auf Grund der Art. 4 und 11 der Völkerbund sich an ihnen beteiligt hätte. In diesem Zusammenhang sei von besonderer Tragweite die russische Frage, über die man in Genf, in Brüssel und im Haag beraten habe, ohne daß besonders sachliche Ergebnisse erzielt worden seien. Cecil bedauerte lebhaft, daß der Völkerbund im vergangenen Jahre nicht energischer und entschlossener eingegriffen habe, als

die russische Hungernot

vor ihm zur Beratung stand. Wenn damals der Völkerbund entschieden und tatkräftig eingegriffen hätte, so wäre das furchtbare Grauen, das über Rußland hergekommen ist, gemildert worden. Damit wäre auch der Wieder-

Welprechung des Abrüstungsproblems ein, das vor verschiedenen Organisationen des Völkerbundes zur Verhandlung stehe. Er meinte, daß, wenn die vorgeschlagene Lösung auch nicht zu einer tatsächlichen Herabsetzung der Rüstungen führen werde, so werde sie doch wenigstens den einflussreichsten Weg zeigen können. Als größtes Hindernis für die Lösung der Abrüstungsfrage bezeichnete er die gegenwärtige Verfassung des internationalen Geistes. Im Anschluß daran erwähnte Lord Robert Cecil an die Neuernennen des französischen Delegierten Hoffmairer auf der letztjährigen Versammlung, der die moralische Abrüstung forderte. Diese Abrüstung ist noch nicht erreicht. Das ist einfach die Folge des gegenwärtigen wirtschaftlichen Durcheinanders. Damit lehrte Lord Robert Cecil nochmals zu einer kurzen und eindringlichen Bepredung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zurück. Man merke oft ein, daß es sich auch hierbei um Kriegsfragen handle, und daß die Probleme des Krieges vom Völkerbund, der für Friedensprobleme gegründet sei, nicht erörtert werden könnten. Nach meiner Ansicht muß der Völkerbund alle Fragen, ob sie aus dem Kriege stammen oder nicht, anpacken. Wenn der Völkerbund etwas erreichen will, muß es alles sein oder nichts. Früher oder später müssen wir alle Verantwortung, die uns aus dem Past zukommt, auf uns nehmen. Lord Robert Cecil erinnerte an das Wort Dantons: Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit! Wir dürfen nicht mehr vorsichtig sein, sondern müssen handeln und die Initiative ergreifen, sonst werden wir nichts erreichen. (B. T. B.)

zum Schließen gebracht, das trotz besten Willens das Sanierungswert sabotierte. Den Grund hierfür sieht Bundeskanzler Seipel darin, daß das Ausland sich nicht über die Frage klar ist, ob Österreich überhaupt lebensfähig sei oder nicht.

Österreich, so wie der Vertrag von St. Germain es geschaffen und seinem Schicksal überlassen habe, ist nicht lebensfähig und kann es nicht sein. Aber wenn die Verprechungen, die in dem Begleitschreiben zu dem Vertrag von St. Germain gemacht wurden, Erfüllung finden, wenn seine Landwirtschaft und seine Industrie wieder ansauernt, seine Wälder kräftig angedeutet werden, wenn seiner arbeitssamen Bevölkerung wieder Ruhe gegeben wird und wieder normale wirtschaftliche Voraussetzungen entstehen, dann könne Österreich schnell lebensfähig werden, als man glaubt.

(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Dr. Seipels Anlagerede in Genf.

Der Vertrag von St. Germain als Wurzel des österreichischen Elends.

Genf, 6. Sept. Bundeskanzler Dr. Seipel begann seine Ausführungen mit einem Appell an den Völkerbund, dessen Grundzüge und Tätigkeit er rühmte. In seinen Ausführungen gehörte es zweifellos, ein so unachenerliches Unglück zu verhindern, wie es der Zusammenbruch Österreichs wäre. Es würde damit ein wichtiges Kulturzentrum aus der Welt verschwinden; eine Tatsache, die nicht nur den Nachweilbringen würde, daß die Friedensverträge nur ein lebensunfähiges Österreich geschaffen haben und in Europa ein Loch reißten würden, das sich zum Abgrund erweitern möchte. Nachdem Bundeskanzler Dr. Seipel seine Ansicht über die furchtbaren Kronenschnitte von 1919 bis 1921 zum Ausdruck gebracht und besonders charakteristische Beispiele für die ungeheure Teuerung gegeben hatte, ging er auf die nachteilige Wirkung ein, die der Sturz der Krone auf die bisherige Wirtschaft, eine wirkliche Aktion für Österreich ins Werk zu setzen, angeht hatte. Er schilderte, wie die Haltung des ausländischen Kapitals die Verhandlungen vor allem auf der Londoner Konferenz erschwerte. So wurden die Anforderungen Österreichs durch die Haltung des Auslandes

zum Schließen gebracht, das trotz besten Willens das Sanierungswert sabotierte. Den Grund hierfür sieht Bundeskanzler Seipel darin, daß das Ausland sich nicht über die Frage klar ist, ob Österreich überhaupt lebensfähig sei oder nicht.

Österreich, so wie der Vertrag von St. Germain es geschaffen und seinem Schicksal überlassen habe, ist nicht lebensfähig und kann es nicht sein. Aber wenn die Verprechungen, die in dem Begleitschreiben zu dem Vertrag von St. Germain gemacht wurden, Erfüllung finden, wenn seine Landwirtschaft und seine Industrie wieder ansauernt, seine Wälder kräftig angedeutet werden, wenn seiner arbeitssamen Bevölkerung wieder Ruhe gegeben wird und wieder normale wirtschaftliche Voraussetzungen entstehen, dann könne Österreich schnell lebensfähig werden, als man glaubt.

(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Dollar (Amtlich): 1250